

## AGEZ-PRESSEINFORMATION

**Ttl: Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit 2005: reine Zahlenkosmetik?**

**Utl: Entwicklungspolitische NGOs kritisieren die hohe Einrechnung von Entschuldungsmaßnahmen**

Wien, 6. April 2006 – Anfang April wurde der OECD-Bericht mit den aktuellen Zahlen für die Entwicklungszusammenarbeit (EZA) für das Jahr 2005 als Vorausmeldung der Mitgliedsstaaten veröffentlicht. Österreich liegt dabei nicht mehr wie bisher im Schlussfeld, sondern mit 0,52% des BNE für EZA an 7. Stelle. Die in der AGEZ vertretenen 32 entwicklungspolitischen NGOs warnen allerdings vor Euphorie, kam diese Zahl doch nur durch den hohen Anteil an Entschuldungen zustande und nur minimal durch echte, zusätzliche Mittel für die Bekämpfung der Armut.

Der Entwicklungsausschuss der OECD hat eine Rekordhöhe von 106 Milliarden Dollar für das Jahr 2005 gemeldet. Die zwei Gründe dafür: die Entschuldung von Irak und Nigeria sowie die Tsunami-Katastrophenhilfe. Auch Österreich hat eine immense Steigerung zu verbuchen und steht nun bei 0,52% des BNE. Doch die NGOs kritisieren, dass von eineinhalb Milliarden Euro die Entschuldung 900 Millionen ausmacht. Damit stünde Österreich ohne Einrechnung der Entschuldung bei mageren 0,22% des BNE.

Es ist unbestritten: Entschuldungen sind notwendig und können Entwicklungsländern den benötigten budgetären Spielraum für z.B. Ausgaben für Gesundheit und Bildung ermöglichen. Die Meldung des Schuldenerlasses als öffentliche Ausgaben für EZA steht im Widerspruch zum Monterrey-Abkommen der Vereinten Nationen (UN-Konferenz „Financing for Development“ im März 2002), in dem festgehalten wurde, dass Entschuldungsmaßnahmen *zusätzlich* zur öffentlichen EZA finanziert werden sollten, wie es zB Norwegen tut. Die Entschuldung des Iraks besteht zum Großteil aus Exportkreditschulden, mit denen europäische Unternehmen subventioniert wurden, deren Ziel nicht die Armutsbekämpfung war.

NGOs setzen sich für die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele - für die Halbierung der Armut bis 2015 - ein. Dafür braucht es zusätzliches Geld, um die dringend benötigten Projekte und Programme der Armutsbekämpfung in den armen Ländern zu ermöglichen. „Wir brauchen eine *echte* Erhöhung der öffentlichen Mittel, um die erfreulichen Zusagen der EU und Österreichs für die Jahre 2010 und 2015 (0,7%) zu erreichen. Darunter verstehe ich, dass die Statistiken nicht durch die Einrechnung von Schuldenerlässen, inländischer Flüchtlingshilfe und indirekten Studienplatzkosten aufge bessert wird. Und es braucht endlich einen Stufenplan, wie das 0,7%-Ziel in Jahresschritten bis 2015 erreicht wird“, fordert Elfriede Schachner, Geschäftsführerin der AGEZ. „Es ist absehbar, dass die Entschuldungen ab dem Jahr 2007 auslaufen werden. Dann wird Österreich sehr rasch auf eine geringe EZA-Quote zurückfallen, wenn nicht jetzt die notwendigen Schritte vorgesehen werden“. Abgesehen von der Zahlenkosmetik, die die EZA-Ausgaben hinaufschraubt, kritisieren die NGOs, dass mehr als 60% der als öffentliche EZA Österreichs deklarierten Mittel nicht unmittelbar der Bekämpfung der Armut dienen. Die AGEZ fordert daher die Regierung auf, ihr Berichtswesen zu bereinigen und sicher zu stellen, dass wirklich nur Gelder, die die Armut bekämpfen, als EZA-Ausgaben zu deklarieren, alles andere wäre reine Zahlenkosmetik.

Rückfragen richten Sie bitte an:

Mag. Elfriede Schachner, AGEZ-Geschäftsführerin  
Tel: 01/317 40 16 oder 0699 107 66 216; [www.agez.at](http://www.agez.at)